



Ulli Nissen

Mitglied des Deutschen Bundestages

Grußwort

Demonstration gegen Entmietung - Solidarität mit der Wingertstraße 21

**Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin**

Tel.: 030 - 227 - 77147

Fax: 030 - 227 - 76148

E-mail ulli.nissen@bundestag.de

Internet: www.ulli-nissen.de

**Wahlkreisbüro
Fischerfeldstr. 7-11
60311 Frankfurt**

Tel.: 069 - 299 888 - 610

Fax 069 - 299 888 - 612

E-Mail: ulli.nissen.ma02@bundestag.de

Liebe Mieterinnen und Mieter der Wingertstraße 21,

liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

ich bedauere sehr, dass ich heute nicht vor Ort sein kann. In bin in dieser Woche in Berlin, denn wir haben die letzte Sitzungswoche in diesem Jahr und da muss ich anwesend sein.

Seit nunmehr über zwei Jahren wehren Sie sich gegen die Umwandlung Ihrer Mietwohnungen in hochpreisige Eigentumswohnungen. Ich habe Sie 2014 zum ersten Mal besucht, um mir ein eigenes Bild von der Lage vor Ort zu machen. Schon damals war ich schockiert über das, was mir über die Art und Weise des Vorgehens der neuen Eigentümer berichtet wurde:

Sanierungsarbeiten wurden ohne Ankündigung begonnen, Sanierungsarbeiten, die dazu führten, dass im letzten Jahr mitten im Winter sämtliche Fenster demontiert wurden.

Das Ziel der neuen Eigentümer war klar – eine hochpreisige Sanierung, um teurer zu vermieten. Mieten, die Sie, die jetzigen Bewohner, dann nicht mehr zahlen können. Es fand also statt, was der Eigentümer, mir gegenüber noch nicht mal bestritten hat. Er selbst sprach von „Entmietung“.

Die Auseinandersetzungen eskalierten immer weiter. Und gipfelten in dem, was jetzt alle hier sehen können. Letzte Woche wurde nun auch das Dach des Hauses in großen Teilen abgetragen. Ohne fehlende Absicherung der Baustelle. Das Haus steht nun kurz vor Weihnachten, nach oben hin offen. Schutz gegen Wind und Wetter ist nicht mehr gegeben.

Aber – Sie wehren sich mit Ihren Mittel – Sie gehen an die Öffentlichkeit. Ihr mit Transparenten behängtes Haus ist inzwischen weit über die Stadtgrenzen bekannt. Die Wingertstraße 21 ist zum Symbol einer fortschreitenden Gentrifizierung und zum Symbol der Auswüchse spekulativen Wohnungsbaus geworden – in einer Stadt in der bezahlbarer Wohnraum rapide knapper wird und Menschen dadurch aus ihren Wohnvierteln verdrängt werden. Dabei ist die Wingertstraße 21 nur eines von vielen Beispielen in Frankfurt.

Es passiert leider tagtäglich hier bei uns in Frankfurt, dass Menschen ihren Wohnungen und Quartieren, in denen sie seit Jahren oder Jahrzehnten leben, verlassen müssen, weil sie es sich nicht mehr leisten können. Menschen müssen ihre Heimat, ihr soziales Umfeld verlassen.

Aber Wohnen darf kein Luxus sein – Wohnen ist ein Grundrecht. Wir müssen uns gegen unverhältnismäßige Luxussanierungen und rücksichtslose Vertreibung von Mieterinnen und Mietern wehren und einen fairen Umgang mit Mietern und Sanierungen mit Augenmaß einfordern.

Sie wehren sich mit Ihren Mittel. Wir brauchen aber auch politische Instrumente. Politische Rahmenbedingungen können helfen, die Mietenspirale zu stoppen. Auf Bundesebene haben wir die Mietpreisbremse eingeführt. Leider hat die Landesregierung beschlossen, dass diese nicht auf ganz Frankfurt angewendet wird.

Derzeit arbeiten wir in Berlin an weiteren Mietrechtsänderungen: die Modernisierungsumlage nach Sanierung wollen wir begrenzen und eine Kappungsgrenze einführen, damit für Mieter eben nicht die Wohnungen nach Sanierung unbezahlbar werden. Und wir wollen den Mietspiegel auf eine breitere Grundlage stellen.

Wohnraumförderung und Wohnungspolitik ist aber zunächst einmal Sache des Landes und der Stadt: Hier steht die Landesregierung in der Pflicht. Sie muss Gebiete mit angespannter Wohnraumlagen dazu ermächtigen, einen Genehmigungsvorbehalt zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen einzuführen. Denn: Nicht jeder kann es sich leisten, Eigentum zu erwerben! Mietwohnungen müssen in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Zur Erhaltung von Mietwohnraum trägt auch die Erhöhung der Sperrfrist zur Kündigung wegen Eigenbedarfs von fünf auf zehn Jahren bei. Eine solche Anhebung gibt Mieterinnen und Mietern Sicherheit und stoppt die fortschreitende Verknappung von Mietwohnraum. Hier muss Schwarz-Grün in Hessen endlich handeln!

Aber ich appelliere auch an Vermieterinnen und Vermieter, an Eigentümerinnen und Eigentümer, nicht nach dem maximalen Profit zu streben, sondern soziale Verantwortung zu übernehmen. Und Mieterinnen und Mietern mit Verständnis und Rücksicht zu begegnen.

Liebe Hausgemeinschaft Wingertstraße 21, ich stehe solidarisch an Ihrer Seite und fordere alle Beteiligten auf, eine einvernehmliche Lösung am Verhandlungstisch zu erwirken.

Ich unterstütze Sie auch weiterhin mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln.

Ihre Ulli Nissen



Ulli Nissen, MdB